

Torsten Teichert

Beitrag zur Hamburger Strategiekonferenz am 10. April 2022

Perspektiven für die Zukunft der LINKEN als linke Volkspartei - Wer? Was? Wohin? Wie?

Ein großer Teil des deutschen Vermögens gehört weniger als einem Prozent der Bevölkerung. Seit den 1970er Jahren hat der Neoliberalismus („There is no such thing as society“ – Margaret Thatcher) dafür gesorgt, dass nach einigen Nachkriegsjahrzehnten mit einer vergleichsweise geringeren ökonomischen Spaltung die Schere zwischen Arm und Reich wieder weiter aufgegangen ist. Die rasant steigenden Preise machen es für immer mehr Menschen unmöglich, heute noch eigene Immobilien zu erwerben. Dies war die Vorstufe zur jetzt allenthalben sichtbar gewordenen Inflation. Die arme Hälfte der Bevölkerung besitzt nur knapp 3% des Gesamtvermögens. Dabei hat die Ideologie-produktion in Deutschland für erstaunliche Verwirrung gesorgt. Nur 2% der Bevölkerung glauben, dass sie zu den reichsten 20% gehören - und nur 20% glauben, sie gehörten zu der reicheren oberen Hälfte. Ganz offenbar glauben die meisten, das Land sei reicher als es ist.

Längst hat der Neoliberalismus, der einst für die Entstaatlichung und Privatisierung der Gesellschaft angetreten war, ein modernes Bündnis mit dem Staat geschlossen. Wenn heute mit neuen Schulden Banken gerettet oder Unternehmensanleihen gezeichnet werden, fließt das öffentliche Geld in immer weniger private Hände, muss aber von allen Steuerzahlerinnen zurückbezahlt werden. Sollten dann auch noch Wachstum und Gehaltserhöhung ausbleiben, haben die „99%“ zwar alle Rechnungen bezahlt, aber ihnen gehört davon so gut wie nichts.

Die Schere mit zwei gleich langen Klängen ist eine denkbar schlechte Metapher für den tatsächlichen Zustand. Es steht in Wahrheit 10 zu 90, eigentlich 1 zu 99. Der Hamburger Ökonom Hans-Werner Hansmann hat berechnet, dass ohne Vermögenssteuer und echte Erbschaftssteuer der Anteil der reichsten 10% am Gesamtvermögen in Deutschland von heute 58% auf 80% im Jahr 2045 steigen würde. Das reichste Prozent in Deutschland besitzt heute schon über 35% des Gesamtvermögens. Derzeit nimmt der Fiskus bei einem jährlichen Volumen von 400 Milliarden an Erbschaften und Verschenkungen nur etwa 6 bis 8 Milliarden ein, weniger als zwei Prozent.

Es geht längst nicht mehr nur um soziale Ungerechtigkeiten. Die groteske Vermögensverteilung ist zu einer Gefahr für die Demokratie geworden. Oligarchen mit besten Verbindungen zur Politik gibt es auch bei uns. Warum nennt eigentlich niemand Warburgs Eigentümer oder den Investor des Elb-towers so? Die zunehmende Kontrollmacht der Reichen (auch mit Hilfe von Medien und Algorithmen) ist die eine Seite des gefährlichen Dreiecks. Parallel dazu bedrohen die Klimakrise und die wachsende Militarisierung unsere Welt.

Wer?

„We are 99%“. Dieser politische Kampfslogan muss die Prämisse einer linken Volkspartei sein. DIE LINKE muss eine Volkspartei werden. Die schon lange vor Einsetzen der aktuellen Inflation wachsenden Sorgen der Mittelschicht markieren eine Zäsur für Deutschland. 2015 glaubten immerhin noch 61% der Menschen an eine grundsätzlich bessere Zukunft. Seitdem sinkt diese Zahl kontinuierlich. Laut der „Vermächtnisstudie“ von Jutta Allmendinger fühlten sich 2015 39% arm oder von Armut bedroht. Zukunft hat sich schon seit langem verdunkelt. Oliver Nachtwey spricht von einer „Erschöpfung der sozialen Moderne“.

Eine linke Volkspartei vertritt die Interessen der alleinerziehenden Mutter, des prekär lebenden „Gorilla“-Fahrers und der arbeitslosen Familie ebenso wie die eines Krankenpflegers, einer Angestellten des Jobcenters oder der Teamleiterin bei Airbus. Alle diese Menschen arbeiten oder wollen arbeiten. Die theoretische Diskussion über die Grenzlinie der „Arbeiter(innen)schaft“ sind deshalb müßig. Das Durchschnittsgehalt in Deutschland liegt bei ca. 4.000 Euro brutto im Monat, der Median liegt bei nur ca. 3.500 Euro. Während also 50% aller Beschäftigten weniger als 3.500 Euro brutto im Monat verdienen, sind es weniger als 2%, die mehr als 10.000 Euro Monateinkommen haben.

DIE LINKE hat -wie immer in der Geschichte- zwei maßgebliche Zielgruppen: Einerseits geht es um diejenigen, die das kapitalistische Glücksversprechen nicht (mehr) erreicht, die nie viel hatten, die abgehängt worden sind oder den Abstieg fürchten. Kaum lässt sich der ökonomische Rahmen dieser Gruppe exakt umschreiben, denn hier kommt es auch auf die Selbsteinschätzung an. Andererseits geht es um diejenigen, die eine gerechtere Gesellschaft anstreben und die unterschiedlichen Formen der sozialen Spaltungen (die nicht immer nur ökonomisch definiert ist) nicht mehr hinnehmen wollen. So wie sich in der ersten Gruppe der Arbeitslose und die seit Jahrzehnten auf befristeten Stellen arbeitende Wissenschaftlerin treffen, so in der zweiten der Lidl-Verkäufer und die Senatsdirektorin im Hamburger Rathaus. Jede gewollte Reduktion dieser riesigen Zielgruppen, die leider (erste Gruppe) und zum Glück (zweite Gruppe) wachsen, wäre kontraproduktiv. Mal konkret in Zahlen: Wir reden über wahrscheinlich 60% bis 70% der Wählenden, an die wir uns wenden.

Was?

Demokratisierung der Wirtschaft, echte Nachhaltigkeit von Produktions- und Lebensprozessen und Entmilitarisierung der Gesellschaften: Das sind die drei zentralen Felder, auf denen Zukunft entschieden wird. Nur wenn DIE LINKE in allen Feldern überzeugende Positionen vertritt, werden wir mehr Wählende erreichen.

a)

Nur mit einem **Systemwandel der Wirtschaft** lässt sich mehr Gerechtigkeit erreichen – und die Macht der wenigen brechen. Wir brauchen eine Tarifpflicht für alle Betriebe und konkrete Unternehmensbeteiligungen der Beschäftigten. Die 4-Tage-Woche mit 32 Arbeitsstunden. Keine Renten unter 1.200 Euro. Die Erbschaftssteuer von 30% ab einem Freibetrag von einer Millionen, von 50% ab 100 Millionen und von 90% ab einer Milliarde muss kommen, und zwar ausnahmslos. Eine Vermögenssteuer von 2% p.a. kommt hinzu. Viele Schuldenaufnahmen würden so überflüssig. Gehälter über drei Millionen Euro müssten mit 90% besteuert werden. Die Spitzengehälter in einem Unternehmen dürften maximal 20mal so hoch sein wie das Durchschnittseinkommen. Anti-Trust-Gesetze werden aktiviert. Kein Unternehmen darf mehr als 10% Marktanteil haben. Die Monopolstellungen großer Internet-Konzerne wie Google, Facebook, Amazon etc. müssen gebrochen werden. Aber vor allem: Unsere Forderungen müssen konkret gemacht werden. Sie müssen glaubhaft sein. Radikalität kann durchaus glaubhaft sein.

In Los Angeles wird es ab 2022 einen Mindestlohn von 15 US-Dollar geben. In Österreich gibt es die Tarifpflicht. Mit der Folge um ca. 40% höherer Renten. Macron kündigt im aktuellen französischen Präsidentschaftswahlkampf gerade an, dass die Mindestrente bei 1.200 Euro liegen soll. In Hamburg gelang es, die Stromnetze zu rekommunalisieren. In Berlin müssen wir den Volksentscheid für die Verstaatlichung von Deutsche Wohnen kompromisslos unterstützen.

b)

Der Traum von „**Green New Deal**“ ist ein problematischer. Die Umweltbewegung hatte sich seit den 1960er Jahren aufgemacht, die „Grenzen des Wachstums“ aufzuzeigen. Jetzt möchte der Kapitalismus seine Nachhaltigkeit durch weiterhin grenzenloses Wachstum demonstrieren. Zweifel sind angebracht, ob diese Rechnung aufgeht. Leider wird der Begriff „sozial-ökologisch“ immer mehr zur kleinen Stiefschwester des Green New Deal. Nur wenn wir aber die Grenzen des Kapitalismus definieren und Wachstum anders verstehen als es Elon Musk tut, werden wir Klima, Gesellschaft und Demokratie retten.

Wir wissen, dass die Forderungen nach einer nachhaltigen Wirtschaft und die kapitalistische Logik einer permanenten Wachstumsgesellschaft nicht auf einen Nenner gebracht werden können. Immer bleibt die Frage, wer die Zeche zahlt. Ein bedingungslos auf Wachstum setzendes Wirtschaftssystem tut sich sui generis schwer mit ökologischer Bescheidenheit oder gar mit Wachstumsverzicht. „Grünes Wachstum“ im Kapitalismus, das gibt es nur um den Preis der fortgesetzten Klimakrise.

Nachdem sich das ökonomische Märchen vom Trickle Down des fortgesetzten Wachstums und dem dadurch entstehenden Wohlstand für die ganze Nation erledigt hat, wird nun an einer neuen Story gezimmert, wonach dieses Wachstum nicht nur gerecht, sondern nun auch noch grün und also ökologisch sinnvoll sein könnte. Grenzenloses Wachstum, um die Grenzen des Wachstums nicht zu überschreiten? Gerne wird dann mit der Effizienzrevolution argumentiert, also der Idee, dass alle Autos, Haushaltsgeräte und auch Produktionsprozesse energiesparender werden. Das wäre dann der Zaubertrick: Die Produktionsmaschine läuft schneller und der Energieverbrauch sinkt.

Man muss am „grünen Wachstum“ Zweifel haben. So hat eine Untersuchung in Japan gezeigt, dass mit dem Toyota Hybridmotor ein Jahr nach dessen Kauf gut 1,6mal mehr Kilometer gefahren wurden als vorher. Viel gravierender allerdings dürfte es sein, wenn man weltweit die ungefähr 1,3 Milliarden Kraftfahrzeuge durch neue Fahrzeuge mit Elektromotoren ersetzen würde. Das wäre gewiss ein schönes Geschäft für die Automobilproduzenten, für die Umwelt aber vermutlich eher unverträglich.

Schon vor 150 Jahren stellte John Stuart Mill fest: »Höhere Arbeitseffizienz führt stets zu einer größeren Produktion durch dieselbe Arbeit und nicht zur gleichen Produktion durch weniger Arbeit.« Wachstum ist notorisch. Alle Untersuchungen in der Gegenwart zeigen, dass eine Steigerung der Arbeitsproduktivität sowohl in kurzer als auch in langer Frist eine steigende Energienachfrage zur Folge hat.

Eine Oxfam-Studie belegt, dass die CO₂-Emissionen pro Kopf unter den reichsten 10% in den USA sechsmal und in Deutschland viermal so groß waren wie die der unteren 50% der Vermögenspyramide. Die CO₂-Emissionen pro Kopf im reichsten Hundertstel der US-Bevölkerung lagen 2014 bei 320 Tonnen und waren damit 60 mal höher als im globalen Durchschnitt. Bisher wird in den wachstumskritischen Bewegungen die Ungleichheit oft als »globales Gefälle« bezeichnet, präziser müsste man auch die Differenzen zwischen Arm und Reich beim CO₂-Ausstoß als Ausdruck einer »imperialen Lebensweise« (Raul Zelik) definieren.

Der Green New Deal berührt die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus im Kern. Auf der einen Seite wird die expansive Kraft des Kapitalismus mit seinem immanenten Wachstumszwang in Frage gestellt. Dafür will man mit einer neuen Wachstumsvariante die Antwort finden, ohne allerdings die kapitalistische Systemlogik zu gefährden. Auf der anderen Seite bleibt das neoliberale Zuchtinstrument des engeren Gürtels virulent. Während mit diesem Bild in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die Einkommensverzichte der Beschäftigten vor dem Hintergrund der sich ungestüm entfaltenden Konkurrenzkräfte der Globalisierung gefordert und begründet worden waren, ist es nun die universale Gefahr eines Klimagaus, mit der man dieselben Bevölkerungsgruppen wie damals zum Verzicht auffordert. Bald werden wir auch wegen der

steigenden Militärausgaben Lohnverzicht hinnehmen sollen.

c)

Der aktuelle Krieg in der Ukraine zwingt alle, eine neue **Sicherheitsarchitektur**, die nicht nur Europa, sondern die gesamte Welt umfasst, zu finden. Je nach Zählung gab es seit 1989/1991 über 50 Kriege weltweit. Betroffen davon waren und sind u.a. das frühere Jugoslawien (200.000 bis 240.000 Tote), Irak (393.000 bis 942.000 Tote), Afghanistan, Syrien und Jemen (über 370.000 Tote). Die Bundeszentrale für politische Bildung zählt in der Zeit von 1946 bis 2017 folgende „Konfliktbeteiligungen“: Frankreichs: 28, Großbritannien: 27, Russland (bzw. die frühere UdSSR): 25, USA: 24, Indien: 17, China: 12.

Zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik gibt es keine Alternative. Die parlamentarische Demokratie ist nicht deshalb ein falsches System, weil mit ihrer Hilfe Diktatoren an die Macht kommen können. Eben so wenig können Kriege beweisen, dass Entspannungspolitik grundsätzlich falsch ist. Kriege beweisen nur, dass es zu wenig Entspannung gab.

Die von Willy Brandt eingeleitete Ostpolitik war richtig. Ebenso richtig waren die folgenden Abrüstungsvereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR. Die KSZE war sinnvoll, wir brauchen sie heute mehr denn je. Infam sind die aktuellen Diffamierungen, von BILD bis taz. Absurd sind die Entschuldigungen deutscher PolitikerInnen für ihre früheren Entspannungsbehühungen.

Es ist nach der „Zeitenwende“ 1989/1991, also dem Ende des Kalten Kriegs, nicht gelungen, ein dauerhaftes Sicherheitssystem in Europa zu installieren. Dafür tragen alle Seiten Verantwortung, Russland und die NATO. Kein militärisches Bündnis wird von den Ländern, gegen die es sich richtet, als reines Verteidigungsbündnis definiert. Angriffskriege werden von den Angreifern gerne als Verteidigungskriege bezeichnet. So im Irak und in Afghanistan, so auch jetzt wieder in der Ukraine.

Die weltweiten jährlichen Rüstungsausgaben stiegen laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI seit 2005 um 30% auf aktuell knapp 2 Billionen US-Dollar. Die Ausgaben der USA liegen mit 778 Mrd. weit vorn. China folgt mit 252 Mrd. Russland gibt 62 Mrd. aus, Deutschland bisher 53 Mrd., bald sollen es über 70 Mrd. sein, plus 100 Mrd. Sondervermögen. All dies hat keinen Frieden gebracht – und wird keinen Frieden bringen.

Es ist richtig: Der Krieg, den Russland als Angreifer gegen die Ukraine führt, ist furchtbar und grauenhaft. Aber es ist kein Relativismus, wenn man auch sagt: Alle anderen Kriege, in denen unterschiedliche Länder, teils auch aus der NATO, die Angreifer waren, waren auch furchtbar und grauenhaft. Krieg ist immer grauenhaft. Deshalb ist es die zentrale Aufgabe einer internationalen Außenpolitik, alles dafür zu tun, damit Kriege möglichst verhindert werden.

Es ist verständlich, wenn viele jetzt meinen, dass sich ein Land nur mit starkem Militär schützen kann. Diese Logik führt aber zwangsläufig irgendwann zur atomaren Bewaffnung. Wir haben erleben müssen, dass Libyen und die Ukraine nach Abgabe ihrer Atomwaffen angegriffen wurden: Libyen von den USA, die Ukraine von Russland. Die Antwort darauf kann doch nicht allen Ernstes sein, dass alle atomaren Abrüstungsbemühungen aufgegeben werden.

Wir müssen vom Ist-Zustand ausgehen. Mit den USA, China und Russland gibt es mindestens drei Staaten, die als mehr oder minder starke imperiale Mächte agieren. Alle drei agieren in der einen oder anderen Weise aggressiv; alle drei waren und/oder sind -fast immer als Aggressoren- in Kriege verwickelt. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es weltweit höchst unterschiedliche Interpretationen von Ereignissen und Prozessen gibt. Ist die NATO ein Friedensbündnis? Wollte Russland eine europäische Integration? Die Liste ist sehr lang.

In den letzten 30 Jahren wurden viele Chancen für ein friedliches Miteinander der Staaten in Europa nicht genutzt. Die Angst einiger osteuropäischer Länder vor Russland ist real; die Angst Russlands vor der NATO-Osterweiterung auch. Ob eine andere Politik den Krieg in der Ukraine verhindert hätte, kann heute keiner sagen. Sicher aber ist, dass eine weitere Aufrüstung nur zu neuen Kriegen führen wird.

Putin ist zweifellos jetzt ein Aggressor. Der Krieg in der Ukraine ist unentschuldigbar. Aber es wird eine Zeit nach dem Krieg geben. Alle Parolen, wonach Russland über Jahrzehnte aus dem Kreis der Völkergemeinschaft ausgeschlossen werden soll, ignorieren, dass Deutschland nach dem 2. Weltkrieg mit 70 Millionen Toten nach wenigen Jahren wieder in der Völkergemeinschaft war. Das ist kein „Otherism“, das ist historische Wahrheit. Wahrscheinlich werden wir von Ruanda lernen müssen. Nach einem mörderischen Genozid der Hutus an den Tutsis (und dem Versagen der UN) gab es wenige Jahre später im Land ein komplexes System von Friedensgesprächen, das ein Miteinander möglich machte.

Es hat viele Jahrzehnte intensiver Diskussionen gebraucht, bis zuletzt mit dem Pariser Klimaabkommen weltweite Verabredungen über die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes getroffen wurden. Die Militarisierung der Staaten stellt eine vergleichbare Gefahr für die Welt dar. Wir kennen das aus der Zeit des Kalten Kriegs. Deshalb bedarf es jetzt eines zweiten Pariser Abkommens aller Staaten, diesmal über weltweite Sicherheitssysteme und darauf aufbauend über weltweite Abrüstungen. Dabei werden wir die sehr unterschiedlichen nationalen Interessen akzeptieren müssen. Das ist politischer Realismus. Wir werden verstehen müssen, warum es z.B. in Ungarn und in Polen, beides Staaten des ehemaligen Ostblocks ganz unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wie man sich gegenüber Russland verhalten soll.

Frieden in Europa wird es dauerhaft nur mit Russland geben. Frieden weltweit wird es dauerhaft nur mit China und mit den USA geben. Manche meinen, es sei jetzt der falsche Zeitpunkt, mit weltweiten Friedensverhandlungen zu beginnen. Das ist falsch. Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt.

Wohin?

Jeder linke Gesellschaftsentwurf muss auf der Höhe seiner eigenen Zeit stehen. Die Gesellschaft, die im Erfurter Programm zutreffend beschrieben wird, ist eine von Demokratie, Solidarität und Friedensarbeit geprägte. Dabei ist die Veränderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse und ökonomischen Verteilungen eine unverzichtbare Voraussetzung für echte Demokratie. Wenn Demokratie am Werkstor endet und die Gerechtigkeit in Finanzämtern nichts zu suchen hat, leben wir in falschen Verhältnissen. Demokratie ohne Gerechtigkeit ist nicht möglich; schlimmer noch: sie ist dauernd gefährdet. Das erleben wir aktuell weltweit. Solidarität meint nicht nur das Primat des Gemeinwohls, sondern auch die Überwindung von imperialen Interessen. Friedensarbeit ist das dauerhafte Bemühen um globale Systeme und Absprachen, die Kriege verhindern.

Keines dieser Ziele ist normativ festgelegt. Die Interpretationen verändern sich so wie die Ansprüche. Deshalb müssen wir uns linke Politik wie die Arbeit des Sisyphos vorstellen: unendlich, und doch irgendwie beglückend.

Viele unserer Slogans sind richtig. Natürlich geht es um „soziale Gerechtigkeit“. Und sicherlich auch um einen „ökologischen Umbau“ der Wirtschaftsprozesse mit dem Ziel echter Nachhaltigkeit. Alle diese Pfade lassen sich jedoch der Forderung nach einer umfänglichen, echten gesellschaftlichen Demokratie zuordnen. Der alte Satz von Willy Brandt ist höchst aktuell: „Mehr Demokratie wagen“. Wir definieren den Begriff der Demokratie aber viel weiter. Eine solche Demokratie ist mit dem Kapitalismus, wie wir ihn kennen, nicht vereinbar. Der Begriff des „demokratischen Sozialismus“ ist nach wie vor tauglich.

Wie?

Wir werden uns daran machen müssen, die im Grundgesetz als unantastbar behauptete Würde des Menschen neu mit Sinn aufzuladen. Nachdem der US-Historiker Fukuyama nach 1989 und 1991 irrtümlich das „Ende der Geschichte“ propagiert hatte, fiel ihm neulich ein, dass der Westen seine Legitimation durch ständige Missachtung eben dieser Würde der Menschen zu verlieren droht. Diesmal liegt er richtig.

Höchst ärgerlich, wenn auch historisch und parteipolitisch signifikant ist, dass Olaf Scholz ausgerechnet mit dem Begriff des „Respekts“ seinen Wahlkampf gewann. Das ließe sich so deuten: „Wir haben zwar Deine Würde zerstört, zollen Dir aber gleichwohl gönnerhaft Respekt“. Aber auch hier gilt Vorgesagtes: Wenn der Wählende niemanden ausmacht, der ihm seine Würde behauptet, nimmt er das kleinere Übel. Mindestlohn und Kurzarbeitergeld sind greifbare „Nützlichkeiten“ für Millionen. Wer wollte das links oder rechts liegen lassen?

Apropos Streit in Parteien. Natürlich mögen Wählende keinen Streit in einer Partei. Schließlich wissen sie dann nicht genau, wofür ihr Kreuz steht. Deshalb ist die Fähigkeit der widerspruchsfreien Klarheit eine der elementaren Grundforderungen an linke Politik, die mehrheitsfähig sein will. Und wie gesagt: Will sie es nicht, ist es keine linke Politik. Wer die Diskussionen zwischen den verschiedenen „Flügeln“ der LINKEN zu verstehen versucht, gerät an den Rand des Irrsinns. Dort verliert eine Partei jegliche Nützlichkeit für die Wählenden.

Menschen brauchen -viel mehr als die Kapitalmärkte, denen das laufend in unseren Nachrichten verständnisvoll zugesprochen wird!- Planungssicherheit und Zukunftsperspektiven. Wählerinnen und Wähler wissen genau, um was es bei einer Wahl geht. War es „falsch“, wenn ein depravierter ehemaliger Stahlarbeiter in den USA sich von Hillary Clinton nichts erhoffte – und aus Verzweiflung Trump wählte? Leider stand Bernie Sanders da nicht mehr zur Wahl. Bert Brecht sagte: „Die einzige Pietät dem Publikum gegenüber ist, seinen Verstand möglichst hoch einzuschätzen“. Was für das Theater gilt, gilt auch für jede Wahl.

Wenn DIE LINKE heute nicht von vielen gewählt wird, ist das nicht die „Schuld“ der Wählenden, sondern die der Partei. Wahlen sind keine Liebesbekundungen, sondern im besten Fall genau kalkulierte Abwägungen eigener Lebensverbesserungen; immer aber auch Entscheidungen über das „kleinere Übel“. Realismus in der Politik ist dem von sogenannten RealpolitikerInnen geschmähten Populismus viel näher, als man glaubt. Eine linke Volkspartei will populistisch sein. Sie will für ihre Wählerinnen und Wähler im besten Wortsinn nützlich werden. Man kann in den Leitartikeln von ZEIT und SPIEGEL beobachten, dass Radikalität und Populismus gerne gleichgesetzt werden. Warum auch nicht!? DIE LINKE muss sich zur Radikalität der gesellschaftlichen Veränderung fröhlich und hoffnungsvoll bekennen. Zukunft ist möglich.

Die historische Aufgabe der Linken ist es, einen Entwurf für die Zukunft der Gesellschaft zu machen, der die Lebensverhältnisse der Menschen substantiell verbessert. Die Linke und DIE LINKE haben keine guten Zukunftsaussichten, wenn sie sich nur als „Reparaturinstanz“ der jeweils herrschenden Verhältnisse begreifen und ihren Sinn darin sehen, Schlimmeres zu verhindern. Ohne positiven Zukunftsentwurf verliert die Linke ihre historische Rolle.

Die „taz“ schreibt, es brauche nun keine Partei mehr links von der SPD. Mancher behauptet, die SPD habe wieder eine sozialdemokratische Identität. Das ist ein großer Irrtum. Unter Olaf Scholz findet der ultimative Umbau der SPD in eine

wirtschaftsfreundliche, bürgerliche Partei statt. Wenn die SPD nun nach Hartz IV als sozialpolitischer Bankrotterklärung nun auch noch die Entspannungspolitik in Frage stellt, verliert sie ihre Restidentität. Umso größer die Chancen der LINKEN.

Es muss das Ziel einer linken Volkspartei sein, mehrheitsfähig zu werden. Wer diesem Ziel nicht traut, traut den Wählenden nicht. Jean-Luc Mélenchon liegt immerhin in den Umfragen bei 15% der Stimmen in Frankreich. (Was natürlich angesichts des Stimmenvolumens der Rechten zugleich tieftraurig ist). Jeremy Corbyn und Bernie Sanders haben gezeigt, dass linke Politik breite Kreise der Bevölkerung ansprechen kann. Sie zeigen aber auch, wie erbittert die Gegenwehr von etablierter Politik und Medien ist. Deshalb gehört es zur „linken Pflicht“, den Wählenden überzeugende Politikentwürfe vorzustellen. Dazu gehört auch die Fähigkeit der Umsetzung, also der Realitätstest. Dass sich große Teile der Bevölkerung von den Herrschaftsmeinungen „emanzipieren“ können, ist längst unter Beweis gestellt. Gehen wir doch einfach einmal von der These aus, dass viele Menschen auf diese überzeugenden, nützlichen Politikentwürfe warten – wir aber nicht liefern.

Es ist ein Privileg in einem Land zu leben, das durch demokratische Wahlen seine Regierungen verändert. Die Diskussion darüber, ob man Regierungsverantwortung haben möchte, versteht niemand, der/die mit einem Kreuz darauf hinwirkt, wer regieren soll – und, vor allem, wer nicht. Von Wittgenstein stammt die Aussage: „Ein Satz sagt das, was er sagt – und was er nicht sagt.“ So verhält es sich auch bei Wahlentscheidungen.

Also sollten wir intern über die richtigen Antworten auf die aktuellen Krisen (es werden noch viel mehr kommen...) streiten – um uns dann geschlossen zur Wahl zu stellen. Machen wir es konkret: In Hamburg sollten wir den Anspruch haben, bei der nächsten Bürgerschaftswahl 20% der Stimmen zu erreichen. Das soll unmöglich sein? Fragt mal Olaf Scholz, dem das trotz G7, Elbtower, HSH und Warburg-Cum-Ex gelang.

Und die Plakate der LINKEN sollten wieder so rot werden wie die der SPD bei der letzten Bundestagswahl. Aber echtes Rot dieses Mal.

Dr. Torsten Teichert, von 2000 bis 2017 Vorstandsvorsitzender eines börsennotierten Finanzunternehmens, von 2016 bis 2019 Vizepräsident der Handelskammer Hamburg. Zusammen mit Annett Nack-Warenycia: „*It's the Future, stupid*“ – mit oder ohne Kapitalismus, 2021, VSA-Verlag.